

MUSTERREDE*

Bundestagswahl '87:

Entscheidung für Deutschland – Zukunft statt Rot-Grün

Vor wenigen Wochen schrieb die angesehene englische Wirtschaftszeitung Economist, am 12. Dezember 1986, über die Bundesrepublik Deutschland: „Die Angst ist weg; während der vergangenen zehn Jahre hat dieses Land mit so vielen Belastungen und Schocks fertig werden müssen, daß es gerechtfertigt erscheint, den Westdeutschen das Recht zu lächeln zuzugestehen.“ Und in Italien und Frankreich wird vom Modell Deutschland gesprochen. Überall in unserem Land breitet sich eine neue Aufbruchstimmung aus. Alle Umfragen um die Jahreswende zeigen, daß die Deutschen optimistisch und zuversichtlich ins neue Jahr gingen. Und das ist gut so. Wir haben genug Miesmacher in unserem Land, wir brauchen mehr Mutmacher, die die Ärmel aufkrempeln, sich selbst und anderen etwas zutrauen und zupacken. Daß es uns Deutschen heute besser geht als vor vier Jahren, daß wir heute besser dastehen, als die meisten anderen Länder, ist das Ergebnis tüchtiger Bürger und einer richtigen Politik.

1. Die Bundestagswahl ist eine Richtungswahl

Aber es geht jetzt darum, bei der Bundestagswahl diese Erfolge zu sichern und die Zukunft zu gestalten. Die Bundestagswahl ist eine Richtungswahl. Es geht bei dieser Wahl um die Entscheidung zwischen der erfolgreichen und zukunftsorientierten Politik der Union oder einem rot-grünen Bündnis, das unser Land in die Krisen der 70er Jahre zurückwerfen würde.

* Hinweis: Diese Musterrede ist so angelegt, daß der einzelne Redner sich seine Schwerpunkte selbst setzen kann.

Unsere große Aufgabe heißt: Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland ist, wenn wir einmal von der Kohle absehen, ein Land fast ohne Rohstoffe. Unser Kapital besteht im Fleiß, in der Leistungsbereitschaft, im Erfindungsgeist und in der Innovationskraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Arbeitnehmer ebenso wie der Unternehmer. Wir müssen auch in der Zukunft technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt absetzen können. Mit einem Wort: Deutschland muß erstklassig bleiben, wir dürfen nicht zweit- und drittklassig werden. Made in Germany muß auch in Zukunft ein Gütezeichen für deutsche Produkte bleiben.

Das kann man nicht mit Parteien wie SPD und Grünen machen, die sich opportunistisch Stimmungen anpassen, sondern mit solchen Parteien wie CDU und CSU, die den Mut und die Entschlossenheit auch zu unbequemen Entscheidungen beweisen.

Wir haben bewiesen, daß wir solche Entscheidungen durchstehen, und der Erfolg hat uns recht gegeben.

Dafür zwei Beispiele:

■ Wir haben eine klare und mutige Entscheidung gefällt bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses gegen die Sozialdemokraten und die sogenannte Friedensbewegung. Mit dieser Entscheidung haben wir erreicht, daß Abrüstung heute in einem Maße denkbar ist wie nie zuvor. Ohne unsere Entscheidung wären die beiden Gipfel in Genf und Reykjavik nicht zustande gekommen und wären die Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht wiederaufgenommen worden.

■ Wir haben den Staatshaushalt wieder in Ordnung gebracht. Dazu mußte gespart werden. Das war unpopulär und ist uns nicht leichtgefallen. Aber dadurch konnten die Zinsen gesenkt werden, hat die Wirtschaft wieder Vertrauen in die Zukunft gefaßt, es wurde wieder kräftig investiert, und so konnten neue Arbeitsplätze entstehen.

Am 25. Januar stehen wir vor der Entscheidung, durch welche Politik die Zukunft unseres Landes gesichert werden soll. Die Wähler müssen sich entscheiden zwischen den Kräften der Zukunft, für die die Union steht, und denen der Vergangenheit, d. h. SPD und Grünen. Zur Wahl stehen unser Zukunftsmodell oder ein rot-grüner Pakt. Unser Zukunftsentwurf weist nach vorn. Wir bejahen den technischen Fortschritt und wollen ihn in den Dienst des Menschen stellen, indem wir die Risiken des Fortschritts begrenzen und

gleichzeitig die damit verbundenen neuen Lebenschancen nutzen und gestalten. Wir wollen weniger Staat, dafür aber mehr Freiheit und Eigenverantwortung für den einzelnen. Wir wollen eine menschliche Gesellschaft, in der Eigeninitiative eine Chance hat, in der sich Menschen wieder etwas zutrauen, in der sich freiwilliges soziales Engagement entfalten kann. Unsere Politik basiert auf einem christlichen Menschenbild und hat daher eine optimistische Zukunftsperspektive.

Diesem Mut zur Zukunft steht der ideologisch begründete Pessimismus der Rot-Grünen gegenüber. Krisentheorien, Katastrophenszenarien und Untergangsgemälde beherrschen die rot-grünen Vorstellungen von der Zukunft, weil sie die Risiken des Fortschritts dramatisieren und dessen Chancen ignorieren. Die Schlüsselbegriffe der Rot-Grünen sind Aussteigen, Systemveränderung, Krisen und Katastrophen. Sie sind zu einer positiven Zukunftsgestaltung nicht in der Lage. Rot-grün orientiert sich an den jeweils aktuellen Stimmungen, so daß durch diesen tagespolitischen Opportunismus die Zukunftschancen der nachfolgenden Generation verspielt werden.

2. Fünf Hauptaufgaben der Zukunftsgestaltung

Zukunftsgestaltung: Das heißt vor allem, fünf Aufgaben zu lösen:

- Wir müssen unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen, damit weiterhin neue Arbeitsplätze entstehen können, die Chancen der Arbeitslosen weiter verbessert werden und ein leistungsfähiges System der sozialen Sicherung den wirklich Bedürftigen helfen kann.
- Wir müssen durch eine Steuerreform und eine Steuersenkung dafür sorgen, daß sich Leistung wieder lohnt.
- Wir müssen eine Umweltpolitik betreiben, die auch unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt erhält.
- Mit unserer Politik bauen wir weiter an einer menschlichen Gesellschaft, die unser Land kinderfreundlicher macht, Familien und Nachbarschaft stärkt und auch weiterhin den älteren Mitbürgern Sicherheit und Geborgenheit bietet.
- Wir müssen Frieden und Freiheit sichern und zu gleichgewichtiger Abrüstung in Ost und West kommen, damit wir auch morgen sicher und frei leben können.

2.1 Zukunftsaufgabe: Sicherung unserer wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit

Die CDU-geführte Bundesregierung ist mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf Erfolgskurs, und das wird auch 1987 so bleiben. Der Sachverständigenrat stellt fest: „Die deutsche Wirtschaft bleibt weiter auf Wachstumskurs“ (Jahresgutachten 1986/87); und die Deutsche Bundesbank spricht vom „längsten Wirtschaftsaufschwung in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Dezember 1986).

Unsere Politik hat sich für die Bürger gelohnt

Stabile Preise, steigende Einkommen, 600 000 neue Arbeitsplätze, solide Staatsfinanzen — das sind Markenzeichen einer Politik, die die deutsche Wirtschaft aus der tiefsten Wirtschafts- und Sozialkrise der Nachkriegszeit geholt hat. Die englische Wirtschaftszeitung Financial Times vom 1. November 1986 sieht ein „neues Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik Deutschland: „Nach 4 Jahren Regierung Helmut Kohl erleben die Deutschen einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung ohne Inflation.“

1986 haben die Bürger gespürt, daß sich eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik für jeden auszahlt, für die Arbeitnehmer, für die Rentner, für den selbständigen Mittelstand, für das Handwerk, für Familien mit Kindern. 1986 brachte

- für die Arbeitnehmer die höchsten Steigerungen der Realeinkommen seit 1971;
- für die Rentner die höchsten realen Rentensteigerungen seit 1978;
- für Familien mit Kindern Steuerentlastungen und ein 10-Milliarden-Paket zu ihrer Förderung;
- für alle Bürger Preise wie zu Ludwig Erhards Zeiten, d. h., seit 1953 waren die Preise nicht so stabil.

SPD-Sozialdemagogie

Die Sozialdemokraten und die Grünen reden im Wahlkampf von Sozialabbau und Arbeitnehmerfeindlichkeit.

War es arbeitnehmerfeindlich, daß wir wieder Preisstabilität erreicht haben und die Lohnzuwächse nicht mehr von der Inflation weggefressen werden? Bei der SPD stiegen die Löhne und Gehälter 1982 um 4,1 Prozent, d. h., unter dem Strich haben die Arbeitnehmer nicht mehr, sondern weniger Geld in der Tasche gehabt. Bei uns erhöhten sich die Löhne um etwa 4 Prozent, die Renten stiegen um 3 Prozent, aber die Preise waren stabil, d. h., die Lohn- und Rentenerhöhungen gingen in voller Höhe in die Geldbeutel von Rentnern und Arbeitnehmern. Wir haben endlich die Inflation besiegt und damit dem Taschendieb des kleinen Mannes das Handwerk gelegt.

Auch wenn es die Sozialdemokraten nicht hören wollen: Sie haben uns die größte Wirtschafts- und Sozialkrise nach dem II. Weltkrieg beschert. Noch heute zahlen wir Tag für Tag vom 1. Januar bis zum 31. Dezember rund 70 Millionen Mark an Zinsen für die Schulden, die uns die Sozialdemokraten hinterlassen haben. Die Sozialdemokraten reden immer vom Interesse der Jugend, aber an den Staatsschulden, die die Sozialdemokraten uns hinterlassen haben, zahlen diejenigen, die heute 20 Jahre alt sind, noch jahrzehntelang ab. Die Staatsverschuldung der SPD ist nichts anderes als eine moderne Form der Ausbeutung der jungen Generation. Wir haben mit der Schuldenwirtschaft der SPD Schluß gemacht und den Staatshaushalt wieder auf eine solide Grundlage gestellt.

Mehr Beschäftigung und mehr Hilfen für Arbeitslose

Die deutsche Wirtschaft bleibt weiter auf Wachstumskurs. Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt hält an. Die Zahl der Arbeitslosen geht zurück, 1986 waren weniger Menschen arbeitslos als 1985, die Zahl der offenen Stellen nimmt zu, und viele Unternehmen haben heute schon wieder Probleme, Fachkräfte zu finden.

Trotz dieser vielen positiven Nachrichten ist die Arbeitslosigkeit zu hoch. Wo ist in der Arbeitslosenstatistik das Plus von 600 000 bei den Beschäftigten geblieben, fragen sich viele Mitbürger.

- Da sind einmal die geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Hinzu kommt die ständig steigende Erwerbsquote bei Frauen. Dadurch nimmt das Arbeitskräfteangebot ständig zu, allein in den Jahren 1984 und 1985 um 325 000 Personen.

- Die gute Konjunktur hat darüber hinaus einen Ermutigungseffekt für Menschen, die bisher nicht arbeiteten und auch nicht arbeitslos gemeldet

waren, die sich aber aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen. Das waren 1986 ca. 140 000 Menschen, die einen Arbeitsplatz gefunden haben, aber nirgendwo in der Statistik erfaßt werden. Von dieser positiven Beschäftigungsentwicklung profitieren vor allem Frauen. Mit 14 Millionen erwerbstätigen Frauen haben wir 1986 einen Höchststand erreicht.

● Und außerdem, die Arbeitslosen sind kein festgefügtter Block. So meldeten sich beispielsweise im November 1986 292 100 Arbeitnehmer neu arbeitslos, während 250 700 wieder einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Diese Dynamik auf dem Arbeitsmarkt wird für die Bürger draußen in der Statistik nicht sichtbar.

Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Deshalb bleibt für die CDU in der nächsten Legislaturperiode der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit innenpolitische Aufgabe Nummer 1. Eine Arbeitslosigkeit, die durch 13 Jahre verfehlte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der SPD entstanden ist, kann nicht von heute auf morgen beseitigt werden.

Das wissen auch führende Sozialdemokraten wie Raus Parteifreund Apel: „Ich warne vor Ankündigungen, die Sozialdemokraten würden die Arbeitslosigkeit binnen kurzem um 1 Million verringern. Keiner hat hier Patentrezepte.“ (Frankfurter Neue Presse vom 11. 12. 1986)

SPD-Kandidat Rau verspricht, nach einer SPD-Präsidiumssitzung am 4. 11. 1986 in Hamburg, er wolle im Falle einer Regierungsübernahme im Januar 1987 in der nächsten Legislaturperiode die Arbeitslosenzahl halbieren (Nachrichtenagentur Reuter vom 4. 11. 1986). Rau verspricht wieder mal etwas, obwohl er weiß, daß es nicht einzuhalten ist; nicht jedenfalls mit SPD-Beschäftigungsprogrammen, sondern, wenn überhaupt, mit der Fortsetzung unserer Politik.

Daß es mit Beschäftigungsprogrammen nicht geht, sollten Rau und die SPD eigentlich wissen, denn trotz 17 Beschäftigungsprogrammen mit einem Aufwand von über 50 Mrd. DM wurde die Arbeitslosigkeit nicht gesenkt, sondern sie stieg auf 2,038 Millionen im November 1982.

Wir verlassen uns bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht nur auf den Markt. Unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik wird ergänzt durch gezielte Hilfen für Arbeitslose. Keine Bundesregierung zuvor hat mehr Geld für Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur Wiedereingliederung ins Arbeitsleben gegeben, und nie zuvor haben mehr Menschen diese

Maßnahmen in Anspruch genommen. 1987 wird die Zahl der Stellen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf etwa 110 000 ansteigen. 110 000 Brücken für Arbeitslose, viermal mehr als 1982. Wir lassen die Arbeitslosen nicht im Stich. Nicht die Sozialdemokraten; die CDU hat diese Offensive für Arbeitslose eingeleitet.

Allein von Januar bis Oktober 1986 traten über 400 000 Arbeitnehmer neu in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung ein. 1982 hat die Bundesregierung 3,3 Mrd. DM, 1986 4,4 Mrd. DM für berufliche Fortbildung und Umschulung ausgegeben — ein absoluter Höchststand nicht unter einer SPD-Regierung, sondern unter einer CDU-geführten Bundesregierung. Berufliche Fortbildung und Umschulung bauen den Arbeitslosen Brücken ins Berufsleben. Denn: Je besser die Ausbildung, desto größer die Chance auf dem Arbeitsmarkt. Wir sagen: Qualifizieren, nicht resignieren.

2.2 Zukunftsaufgabe: Steuerreform und Steuersenkung

Nun hat die SPD neuerdings das Thema „Steuerpolitik“ entdeckt. Bei den Steuern tritt sie mit dem Versprechen an, eine Politik für weniger Steuern zu machen. Doch, was die SPD verspricht, kann sie nicht halten.

Die CDU: Steuersenkungspartei

Weniger Steuern, damit sich Leistung wieder lohnt, das ist der Grundsatz der Steuerpolitik, für die Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg steht. Vor allem Familien und Arbeitnehmer stehen im Mittelpunkt unserer Politik, die mit der Senkung der Steuerbelastung ernst macht.

Unser Steuersenkungs- und Steuerreformkonzept wird in drei Schritten verwirklicht.

a. Seit Januar 1986 ist das „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie“ in Kraft. Das bringt Steuerentlastungen von fast 20 Mrd. DM, ohne auf der anderen Seite Steuern zu erhöhen.

Schwerpunkte der ersten Stufe der Steuersenkung sind 1986 die Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs und eine Entlastung der kleinen Einkommen. Steuergerechtigkeit heißt hier für uns: Steuerpflichtige mit Kindern zahlen bei gleichem Verdienst weniger Steuern als Steuerpflichtige ohne Kinder. Eltern, für die der steuerliche Kinderfreibetrag keine oder nur eine teilweise Entlastung bringt, erhalten einen Kindergeldzuschlag.

1988 tritt die 2. Stufe in Kraft. Sie ist ein weiterer entscheidender Schritt zur nachhaltigen Steuerentlastung und für mehr Steuergerechtigkeit.

b. 1988 gibt es eine erste Korrektur des Einkommensteuertarifs, um die unerträglich hohe Grenzbelastung abzumildern.

c. Zu den 20 Milliarden DM Steuerentlastung 1986 und 1988 kommt in der nächsten Legislaturperiode die große Steuerreform mit einem Volumen von 40 Milliarden DM hinzu. Die Lohn- und Einkommensteuer wird für alle Steuerzahler weiter gesenkt, damit das Steuersystem leistungsgerechter wird. Deshalb führen wir einen linear-progressiven Tarif ein, d. h., die unerträglich hohe Grenzbelastung des Mittelstandes und der Facharbeiter wird weiter abgebaut.

Wir schaffen ein sozial gerechtes Steuersystem, und deshalb erhöhen wir die Grundfreibeträge und für Familien mit Kinder die Kinderfreibeträge. Und wir schaffen ein übersichtliches Steuerrecht. Deshalb werden wir ein einfacheres Steuersystem mit geringeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen und Begünstigungen verwirklichen.

Unsere Steuerreform kommt 25 Millionen arbeitenden Menschen und dem Mittelstand zugute. Sie ist deshalb eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient.

Die SPD: Steuer- und Abgabenerhöhungspartei

Mit der SPD gibt es keine wirklichen Steuersenkungen, auch wenn sie dies behauptet. Es sei nur daran erinnert, daß die SPD in den 70er Jahren versprochen hat, die allgemeine Steuerbelastung für die Bürger nicht steigen zu lassen. Die Wirklichkeit sah anders aus: Allein in ihrer letzten Legislaturperiode hat die SPD die Bürger mit Steuern und Abgaben in einem Umfang von 16 Milliarden DM zusätzlich belastet. Und wer, wie die Sozialdemokraten, erklärt, daß eine Absenkung der Steuerquote nicht in Frage komme (Aussage des SPD-Wahlparteitages in Nürnberg von Ende August 1986 und im Regierungsprogramm von Johannes Rau, Oktober 1986) zeigt, daß es auf diesem Wege weitergehen soll.

In einer Zeit, in der Steuersenkungen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen geboten sind, fordert die SPD Steuererhöhungen von vielen Milliarden Mark.

Die neuen Staatsausgaben sollen nach dem Willen der SPD finanziert werden unter anderem mit

- der Erhöhung der Gewerbesteuer und deren Ausdehnung auf die freien Berufe,
- Quellensteuer,
- der Wertschöpfungssteuer, der sogenannten Maschinensteuer,
- der Einführung einer „Ausbildungsplatzabgabe“,
- der Ergänzungsabgabe,
- der Abschaffung der Kinderfreibeträge,
- der Beschränkung des Ehegattensplittings.

Wenn die SPD behauptet, sie senke die Steuern, dann täuscht sie die Bürger, denn das Ergebnis ihrer Vorschläge ist keine Steuerentlastung und Steuersenkung, sondern mehr Steuern und Abgaben, mehr Bürokratie und mehr Staat. Die SPD ist die Steuer- und Abgabenerhöhungspartei.

Unsere Politik steht für weniger Staat, weniger Steuern und mehr Geld für die Bürger. Die CDU ist die Steuersenkungspartei.

2.3 Zukunftsaufgabe: Erhaltung einer lebenswerten Umwelt

Man schützt Umwelt, Natur und menschliche Gesundheit nicht dadurch, daß man große Reden führt. Es ist ein gefährlicher Trugschluß zu glauben, Roten und Grünen läge Umwelt- und Naturschutz am Herzen, bloß weil sie die Medien mit einer unendlichen Menge unerfüllbarer Maximalforderungen überschwemmen.

Die Grünen sind keine Umweltschutzpartei

Die Grünen sind schon lange keine Umweltschutzpartei mehr. Das Gründungsmitglied der Grünen, Dr. Martin Schatta, der zwischenzeitlich aus der Partei ausgetreten ist, stellt fest: „Die Grünen sind zu einem bedenklichen Täuschungsapparat geworden.“ (Die Welt, 13. 2. 1986.) Für die Grünen sind Umweltprobleme nicht dazu da, sie zu lösen, sondern um den Menschen angst zu machen und damit Stimmen zu bekommen. SPD und Grüne ignorieren, daß eine wirksame Umweltschutzpolitik nur mit und nicht gegen

moderne Technik verwirklicht werden kann. Ausgerechnet SPD und Grüne jedoch, die ständig vom Umweltschutz reden, wollen die moderne Technik behindern. Da kann man nur eines feststellen: Mit Technikfeindlichkeit löst man Umweltprobleme nicht. Wer technikfeindlich ist, verhindert wirksamen Umweltschutz und verspielt damit die Zukunft unserer Kinder.

CDU: Erste Erfolge im Umweltschutz

Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit dem Umweltschutz Ernst gemacht und gehandelt:

Die Bundesregierung hat im Sommer 1985 eine neue Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) verabschiedet. Damit wird der Schadstoffausstoß aus allen industriellen Anlagen entscheidend verringert, ob Hochöfen, Stahlwerke, Zementwerke, Glashütten, Kokereien, Chemieanlagen oder Raffinerien.

Ab sofort gelten zur Verminderung des Schadstoffausstoßes besonders strenge Grenzwerte für Schwermetalle und gesundheitsgefährdende Stoffe. Der Ausstoß von Schwermetallen wird um etwa 40 Prozent gesenkt. So wird z.B. der Staubausschlag aller von der TA Luft erfaßten Anlagen um etwa 40 Prozent vermindert: Statt bisher 700 000 Tonnen werden nur noch 450 000 Tonnen Staub im Jahr ausgestoßen.

Nicht schwafeln, sondern entschwefeln: Das war die Devise der Bundesregierung, als es darum ging, bei Kraftwerken und Fernheizwerken, die mehr als drei Viertel des gesamten Ausstoßes von Schwefeldioxid verursachen, die Abgase einschneidend zu begrenzen. Aufgrund der verschärften Großfeuerungsanlagenverordnung müssen Kraftwerke Anlagen zur Entschwefelung der Rauchgase einbauen, mit denen der jährliche Ausstoß von Schwefeldioxid, der 1982 noch über zwei Millionen Tonnen lag, bis 1988 auf etwa 0,8 Millionen Tonnen und bis 1993 sogar auf weniger als 0,5 Millionen Tonnen sinken wird. Das bedeutet eine Verminderung um rund 75 Prozent!

Und außerdem: Die vorgesehenen Maßnahmen werden in den nächsten Jahren Investitionen von rund 20 Milliarden Mark erfordern. So schafft Umweltschutz auch Arbeitsplätze.

Übrigens: Sowohl die erste Großfeuerungsanlagenverordnung als auch die erste TA Luft wurden 1964 von einer CDU-geführten Bundesregierung

erlassen. Die SPD-Regierung hat dagegen trotz mehrfacher Aufforderungen seit 1974 längst überfällige Neufassungen verschlafen.

Wer hat die SPD in den siebziger Jahren eigentlich daran gehindert, wie die Amerikaner 1972 und die Japaner 1976 das schadstoffarme Auto einzuführen? Mit SPD-Regierungen jedenfalls hätten wir heute kaum schadstoffarme Autos und kaum Tankstellen mit bleifreiem Benzin.

Vorsorge gegen Chemieunfälle

Die Serie von Chemieunfällen in der letzten Zeit haben wir nicht tatenlos hingenommen. Die CDU-geführte Bundesregierung greift auch beim Gewässerschutz durch. Erste Maßnahmen sind eingeleitet worden: Ein Verbot von gefährlichen chemischen Stoffen, die Verschärfung der Kontrollen und strenge Auflagen für die chemische Industrie. Und für uns ist auch eines klar: Umweltverschmutzung ist für uns kein Kavaliersdelikt. Umweldelikte müssen verfolgt und streng bestraft werden.

Jahrelang haben die Sozialdemokraten im Umweltschutz fast nichts getan. Aber jetzt wollen sie, wie Johannes Rau im Deutschlandfunk (3. 12. 1986) erklärt hat, „aus Stimmungen Stimmen machen“. Willy Brandt spricht vom „Bhopal am Rhein“ (Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg, 9. 11. 1986). Im indischen Bhopal starben damals mehr als 2 000 Menschen, und mehr als 100 000 Menschen wurden verletzt.

Wer so hemmungslos und ohne Maß die Emotionen und die Ängste schürt, um Stimmen zu fangen, erweist sich als moralisch unfähig, ein Volk in einer schwierigen Zeit zu regieren.

Sichere Energieversorgung, saubere Umwelt

Die Energiepolitik ist ein Beispiel dafür, daß es SPD und Grünen nicht wirklich um den Umweltschutz geht; sie haben kein realistisches Konzept zum Schutz der Umwelt, sondern passen sich opportunistisch Stimmungen an. So hört man in letzter Zeit auffallend wenig von grünen und sozialdemokratischen Politikern über die Bekämpfung des Waldsterbens. Das hat gute Gründe: Der von der SPD und den Grünen geforderte Ausstieg aus der Kernenergie wäre, wenn überhaupt, nur durch den vermehrten Einsatz fossiler Energien, also Kohle und Öl, möglich. Das wäre das Todesurteil für unsere Wälder.

Wir müssen heute in der Bundesrepublik alle Energiearten gemeinsam nutzen: Kohle, Öl, Gas, Kernenergie und die erneuerbaren Energien, wie z.B. Wasserkraft, Sonne und Wind. Die Kernenergie ist für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung heute unverzichtbar. Doch die friedliche Nutzung der Kernenergie geht für uns einher mit der Erforschung neuer Technologien und der erneuerbaren Energien, wie z.B. Solarenergie und Fusions-Wasserstofftechnologie, damit wir zukünftig alternative Energiequellen zur Verfügung haben. Das ist verantwortliche Politik.

17 der 19 Kernkraftwerke sind unter der Regierungsverantwortung der SPD in Betrieb gegangen. Die Sozialdemokraten waren erst für den Einstieg in die Kernenergie. Dann waren sie für den Ausstieg aus der Kernenergie. Dann waren sie für den Einstieg in den Ausstieg. Dann waren sie für den Umstieg. Dann waren sie für den Einstieg in den Umstieg zum Ausstieg. Mit den Leuten kann es nur zum Abstieg der Bundesrepublik Deutschland kommen.

2.4 Zukunftsaufgabe: Menschliche Gesellschaft

Ebenso wie wir die natürliche Umwelt bewahren und schützen wollen, wollen wir die große Zukunftsaufgabe in Angriff nehmen, eine menschliche Gesellschaft zu gestalten. Dabei ist Geborgenheit in Familie und Nachbarschaft ein Wert, der für das Glück und die Zufriedenheit der Menschen ebenso wichtig ist wie materieller Wohlstand. Wir wollen eine Gesellschaft selbständiger Bürger, die sich zutrauen und auch fähig sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Das soziale Netz ist wieder sicher. Wer Hilfe braucht, kann sich wieder darauf verlassen, daß er Hilfe erhält.

Aber es gibt Menschen, die Hilfe brauchen, und um wirklich helfen zu können, ist ein leistungsfähiges soziales Sicherungssystem unerlässlich.

Die Sozialdemokraten hatten in den siebziger Jahren über die Verhältnisse gelebt und so unser Sozialsystem ernsthaft in Gefahr gebracht. Sie hatten abgewirtschaftet. Das System der sozialen Sicherheit stand vor dem Zusammenbruch.

Wir haben den Sozialstaat wieder leistungsfähig gemacht. 13 Jahre hatten die Sozialdemokraten durch ihre Flickschusterei die Menschen verunsichert. Viele stellten die Verlässlichkeit des Sozialstaates in Frage.

Zur sozialen Leistungsfähigkeit gehört auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das ist ein Zusammenhang, den die Sozialdemokraten nie begriffen haben. Die Halterungen, an denen das soziale Netz hängt, müssen stabil sein. Und das heißt: Ohne wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gibt es keine solide Sozialpolitik. Aber weil die Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können, weil sie das Wünschenswerte mit dem Machbaren verwechseln, deshalb können sie auch nicht mit Menschen umgehen. Denn die Opfer sind immer die sozial Schwachen, die Hilfsbedürftigen.

Niemand verschweigt, daß es auch in unserer Gesellschaft Not gibt und Armut. Zum Beispiel gibt es Probleme für Frauen, die ein Kind erwarten, die allein sind. Alleingelassen manchmal vom Partner, vom Freund, von der Familie, von den Eltern, von der Gemeinde, von der Nachbarschaft. Diesen Frauen haben wir geholfen. Seit 1. Januar 1986 bekommt eine solche Frau 600 DM Erziehungsgeld, 390 DM Sozialhilfe, 180 DM Sozialhilfe für das Kind, einen 20%igen Mehrbedarfszuschlag. Das sind 1250 DM, und dann kommt noch die Miete dazu. Nicht die Sozialdemokraten, sondern wir, die Christlichen Demokraten, haben dies zum ersten Mal erreicht.

Eine andere Gruppe, bei der es Probleme gab, sind z.B. ältere Arbeitnehmer, die arbeitslos geworden sind. Die gab es vor vier Jahren auch. Wir haben hier das Steuer herumgerissen: Seit 1. Januar 1986 bekommt ein 44-jähriger Arbeitsloser bis zu 16 Monate das Arbeitslosengeld. Vorher 12 Monate oder 9 Monate. Ist er älter als 49 Jahre, 20 Monate; älter als 54 Jahre volle 2 Jahre; ist er älter als 58 Jahre, bekommt er das Arbeitslosengeld unbeschränkt und braucht sich dem Arbeitsamt nicht mehr zur Verfügung zu halten. Nicht Sozialdemokraten haben das gemacht. Christliche Demokraten haben dies so entschieden.

Wir helfen den wirklich Bedürftigen und sozial Schwachen. Fragen Sie doch mal Sozialdemokraten, wer die Sozialhilferegelsätze über Jahre nicht angepaßt hat. Das waren SPD-geführte Bundesregierungen. Wir, die Christlichen Demokraten, haben die Sozialhilferegelsätze bereits zweimal erhöht.

Politik für Familien und Frauen

Die Familie ist das Fundament einer solidarischen und menschlichen Gesellschaft. Die Sozialdemokraten haben die Familien mit Kindern jahrelang ausgegrenzt und benachteiligt. Mit dieser Politik haben wir Schluß

gemacht. Die Familie ist Mittelpunkt unserer Politik, die auf Freiheit, Eigenverantwortung, Mitmenschlichkeit aufbaut.

Deshalb haben wir 1986 10 Milliarden mehr für die Familie ausgegeben; das ist die größte familienpolitische Reform, die es in der Geschichte der Bundesrepublik gab: mehr Kindergeld, Kinderfreibeträge, Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht, Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird ein Erziehungsjahr für jedes Kind in der Rentenversicherung angerechnet. Das bedeutet für das Jahr 1986 eine Monatsrente von 25 DM je Kind. Und wir haben die Wartezeit für die Altersrente von 15 auf 5 Jahre herabgesetzt. Damit hat eine Mutter oder ein Vater mit 5 Erziehungsjahren eine eigene Rentenanwartschaft erworben, oder zum Beispiel mit 3 Beitragsjahren und 2 Erziehungsjahren. Die Erziehungszeiten wirken rentenbegründend und rentensteigernd.

Wir und nicht die Sozialdemokraten haben dieses neue Kapitel in der Rentenversicherung aufgeschlagen.

Die Einführung des Erziehungsurlaubs mit Kündigungsschutz für Mütter oder Väter gibt ihnen die Möglichkeit, ihr Kind in seiner ersten Lebensphase selbst zu betreuen. Zum ersten Mal erhalten auch Väter die Möglichkeit, Erziehungsurlaub zu nehmen. Die Bundesregierung schafft damit die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sie geht vom Leitbild der partnerschaftlichen Familie aus, in der Mann und Frau ihre Aufgaben in Beruf und Familie frei untereinander aufteilen.

Bundesministerin Rita Süssmuth ist die Garantin dafür, daß auch in der nächsten Legislaturperiode die Politik für die Familien konsequent fortgesetzt wird und daß die Gleichberechtigung für Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft Schritt für Schritt durchgesetzt wird. Sie wird die Aussagen unseres Wahlprogramms in der nächsten Legislaturperiode verwirklichen: Mit dem Kinderfreibetrag werden wir auch den Kindergeldzuschlag weiter erhöhen, das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben und das Erziehungsgeld verlängern.

Die Renten sind sicher

Und noch etwas anderes ist wichtig für eine humane Gesellschaft: Wir brauchen die Erfahrung der älteren Generation ebenso wie die kritische

Phantasie der Jugend. Deshalb haben wir für unsere älteren Mitbürger eine Politik betrieben, die die Renten wieder gesichert und die Angst um die Rente beseitigt hat.

Noch vor vier Jahren standen die Rentenkassen fast vor der Zahlungsunfähigkeit. Jetzt können die Rentner aufatmen. Stolz kann Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sagen: „Eines ist sicher, die Rente.“ Die stabilen Preise nutzen auch und gerade den Rentnern. Die Inflation frißt ihnen ihre Rentenerhöhungen und ihre Ersparnisse nicht mehr weg. Gerade die Älteren unter uns wissen noch besser als andere, wie wichtig eine stabile Währung ist, weil sie zwei Inflationen in Deutschland mitgemacht haben. Heute wissen die Rentner, daß ihnen die Rentenerhöhung auch wirklich bleibt. Und im nächsten Jahr werden die Renten um tatsächlich rd. drei Prozent steigen. Deshalb ist Preisstabilität die beste Sozialpolitik.

Eine wichtige Aufgabe ist die langfristige Sicherung der Renten, und wir haben als christliche Demokraten hier ein klares Konzept. Die Rente ist und bleibt, solange wir die Regierungsverantwortung tragen, Alterslohn für die Leistung im Arbeitsleben. Dieser Bezug zur Lebensleistung, der darf nie aufgegeben werden, muß auch in Zukunft Grundsatz unseres Rentenrechtes bleiben. Deswegen lehnen wir eine Einheitsrente ebenso ab wie die Maschinensteuer. Wenn man hier mal anfängt, dann legt man die Axt an die Wurzeln unserer sozialen Sicherung, dann wird die Rente zum Gnadenbrot des Staates, und der Bezug zur eigenen Lebensleistung geht verloren.

Auch in der nächsten Legislaturperiode setzen wir unsere Politik für Senioren fort. Nach einem langen Arbeitsleben haben Senioren einen Anspruch darauf, in Sicherheit und Geborgenheit leben zu können.

In unserer Gesellschaft leben zwei Millionen Menschen, die in unterschiedlichem Maße der Pflege bedürfen. Der weitaus größte Teil der pflegebedürftigen Älteren wird von Angehörigen betreut. Es sind insbesondere Frauen der mittleren Generation, die sich in der Pflege um ihre Angehörigen oftmals selbstlos aufopfern.

Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode Maßnahmen verwirklicht und eingeleitet, durch die die Lage der Pflegebedürftigen wie der Pflegenden verbessert wird: Dazu gehören die Wohnungsbauförderung und die Ausweitung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zur häuslichen Pflege und zur Hilfe bei Erkrankung von Pflegenden.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir vordringlich:

- die soziale Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen, in Verantwortung der Länder und Gemeinden verbessern;
- im Steuerrecht weitere Erleichterungen schaffen;
- die Bedingungen für private Vorsorgeleistungen verbessern;
- die Pflege durch Angehörige und durch Sozialstationen nachhaltiger anerkennen und fördern.

Darüber hinaus muß die soziale Sicherung der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten geregelt werden.

Unsere Politik soll dazu beitragen, daß ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

Die CDU war immer die Partei, der eine besonders hohe Kompetenz von der Bevölkerung für die soziale Sicherung im Alter zugeschrieben worden ist. Deshalb wird die CDU auch in Zukunft die Voraussetzungen für ein Alter in Sicherheit und Geborgenheit schaffen.

2.5 Zukunftsaufgabe: Sicherung von Frieden und Freiheit und beiderseitige Abrüstung

Fehlentscheidungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik lassen sich korrigieren. Inflation und Staatsverschuldung lassen sich abbauen, wenn auch unter großen Opfern. Fehler in der Außen- und Sicherheitspolitik aber sind kaum zu korrigieren. Sie können zum Verlust der Freiheit führen. Und was das heißt, lehrt uns ein Blick nach Osteuropa oder in den anderen Teil unseres Vaterlandes.

Rot-grün: Gefahr für unsere Sicherheit

Deshalb ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, Frieden und Freiheit zu bewahren. Die Sozialdemokraten sind dazu nicht in der Lage. Sie haben sich auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ins Schlepptau der Grünen begeben.

Die Grünen haben erklärt, sie wollen aus der NATO austreten. Führende Politiker der SPD wie Oskar Lafontaine, Erhard Eppler und Gerhard Schröder befürworten ebenfalls den Ausstieg aus der militärischen Integration der NATO. Jedermann weiß, daß dies der Anfang vom Ende der westlichen Allianz wäre.

Egon Bahr hat kürzlich erklärt: „Ich hatte früher Sorge vor der Sowjetunion, heute habe ich Sorge vor den Amerikanern.“ („Frankfurter Gespräche“, Hessischer Rundfunk, 6. April 1986.) Der Vorsitzende der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD, von Bülow, hat gefordert, die Politik müsse so gestaltet werden, daß von der NATO „keine Gefahr mehr für die Menschheit ausgeht“. (Frankfurter Allgemeine vom 31. Juli 1986.) Richtig ist, daß von Leuten, die so reden wie Bahr, Lafontaine oder von Bülow, eine Gefahr für die Sicherung unserer Freiheit ausgeht. Führende Sozialdemokraten reden von Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion und diffamieren die USA. Das ist das Gegenteil von Sicherheitspolitik.

Auf dem Nürnberger Parteitag im August 1986 hat die SPD einen Linksruck vollzogen. Die alten „Godesberger Sozialdemokraten“ wurden ausgeschaltet. Vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik hat die SPD grüne Positionen übernommen und damit die wichtigste Voraussetzung für ein Bündnis mit den Grünen geschaffen. Wenn diese Politik Wirklichkeit würde, würde dies zur Verteidigungsunfähigkeit unseres Landes und letztlich zur Abhängigkeit vom Wohlwollen der Sowjetunion führen.

■ SPD und Grüne wollen die SDI-Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten kündigen.

■ Die Grünen fordern eine drastische Reduzierung des Personalbestandes der Bundeswehr und die Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit (Wahlprogramm der Grünen).

Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Nürnberg dasselbe beschlossen: Umstrukturierung größerer Teile der Bundeswehr auf Kaderverbände, Ablehnung der Verlängerung des Grundwehrdienstes in der Bundeswehr. Die Folge: Die Bundeswehr könnte ihren Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen.

■ SPD und Grüne wollen gemeinsam eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Sie fordern die Kürzung des Verteidigungsetats. Wer so über Verteidigungspolitik redet, weiß nicht, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind. Sozialdemokraten

verharmlosen die Bedrohung, die von der Sowjetunion ausgeht. Sie fördern eine Neutralisierung der Werte, die schließlich die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland als politische Folge haben müßte.

■ Die Sozialdemokraten haben auf ihrem Nürnberger Parteitag beschlossen, die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Bundeswehr müsse wiederhergestellt werden. Damit unterstellen die Sozialdemokraten wie die Grünen, daß die Bundeswehr einen Angriffskrieg führen könne. Wir alle wissen, daß dies unwahr ist. Die Bundeswehr kann keinen Angriffskrieg führen. Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis.

Das weiß auch die Sowjetunion. Die Sowjetunion fürchtet sich nicht vor der NATO oder der Bundeswehr. Sie fürchtet sich vor der Existenz freiheitlicher Staaten und Gesellschaftsordnungen am Rande ihres Imperiums. Sie fürchtet sich vor der ansteckenden Kraft der Freiheit und der Demokratie. Die Sowjetunion will militärische Übermacht gewinnen, um politische Überlegenheit in Europa zu erreichen und die freiheitlichen Staaten und Gesellschaftsordnungen am Rande ihres Imperiums zu neutralisieren.

In dieser Zielsetzung trifft sich die sowjetische Westpolitik mit den neutralistischen Zielen der Grünen und einer immer größer werdenden Mehrheit in der Sozialdemokratischen Partei; ihre Motive mögen anders sein, aber die Folgen ihrer Politik wären identisch mit dem, was die Sowjetunion mit ihrer Westpolitik erreichen will.

Wahlhilfe der Kommunisten für SPD und Grüne

Die Kommunisten zeigen, auf wessen Seite sie in diesem Wahlkampf stehen. Der DKP-Vorsitzende Mies hat eine Fülle von Gemeinsamkeiten zwischen der DKP mit der SPD festgestellt. Die DKP hat zur Stimmabgabe für die SPD und die Grünen bei der Bundestagswahl aufgerufen und auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet. Die SED bezeichnet die SPD nicht mehr als antikommunistisch, sondern nur noch als nichtkommunistische Partei.

Das Neue Deutschland und die Prawda mischen sich massiv in unseren Wahlkampf ein. Es ist klar, was hier vorgeht. Vor vier Jahren besuchte der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel, im Januar 1983, Moskau. Andropow, der damalige Generalsekretär der KPdSU, sagte damals laut Protokoll des Deutschen Botschafters (zit. nach: Die Welt, 17. Januar 1983) zu Vogel: „Ich hoffe, daß die SPD wieder die Regierungsverantwortung übernehmen kann.“ Auch bei dieser Bundestagswahl wollen die Kommunisten, daß SPD und Grüne die Wahl gewinnen.

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, hat am 8. 12. 1986 die Sowjetunion aufgefordert, jeden Eindruck zu vermeiden, sie mische sich in den bundesdeutschen Wahlkampf ein. Die Deutschen werden sich bei dieser Wahl nicht unter Druck setzen lassen, und sie werden nicht die Partei wählen, die für die Sowjetunion am bequemsten ist, sondern die Partei, die konsequent die deutschen Interessen vertritt: die Christlich Demokratische Union.

Unsere Außenpolitik: Sicherheit im Bündnis und gleichgewichtige Abrüstung

In der Außenpolitik geht es bei der Bundestagswahl 1987 darum, ob die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein berechenbarer Partner im westlichen Bündnis bleibt und damit unserem Land Frieden und Freiheit gesichert und gleichzeitig beiderseitige Abrüstung erreicht werden kann. Das westliche Bündnis ist die Grundlage unserer Sicherheit und Voraussetzung für beiderseitige und kontrollierte Abrüstung.

Deshalb war es 1982 wichtig für die Freiheit unseres Landes, daß der NATO-Doppelbeschluß vollzogen wurde. Nur weil die Sowjetunion einsah, daß der Westen nicht erpreßbar war, war sie erstmals seit Jahren zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen bereit.

Die Gipfeltreffen in Genf und Reykjavik waren das Ergebnis der Standfestigkeit unserer Politik. In Reykjavik kamen sich die USA und die UdSSR näher als jemals zuvor bei Abrüstungsverhandlungen. Dies sehen alle westlichen Bündnispartner so. Selbst Gorbatschow erklärt: „Das Treffen war ein großes Ereignis. Es hat eine neue Bewertung stattgefunden. Es entstand eine qualitativ andere Situation. Niemand kann mehr so handeln, wie er bis dahin gehandelt hat. Das Treffen war nützlich.“ (Rede vom Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, am 14. Oktober 1986 im sowjetischen Fernsehen, zit. nach Bundespresseamt, Nachrichtenspiegel vom 15. Oktober 1986.) Die SPD steht in ihrer Bewertung, daß das Treffen ein Mißerfolg war, völlig isoliert da.

Wir werden den bisherigen erfolgreichen Weg fortsetzen. Konkrete Erfolge sind in greifbare Nähe gerückt: Halbierung der strategischen Nuklearwaffen, Nullösung für die Mittelstreckenwaffen in Europa, Verhandlungen über den Abbau der östlichen Kurzstreckenraketen und über konventionelle Abrüstung in Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Auch der Ost-West-Dialog wird konsequent fortgesetzt. Wir wollen gute Nachbarschaft mit allen Ländern. Bundeskanzler Helmut Kohl hat darauf hingewiesen, daß von deutschem Boden nur noch Initiativen ausgehen dürfen, die dem Frieden dienen. Aber dem Frieden dienen heißt: dem Frieden in Freiheit dienen. Und es war dem intensiven persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers zuzuschreiben,

- daß die Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa am 22. September 1986 erfolgreich zu Ende ging,
- daß die Truppenabbauverhandlungen in Wien weitergebracht wurden,
- daß über neue Vorschläge zur Kontrolle der weltweiten Vernichtung der Chemiewaffen verhandelt wird
- und daß mit der Sowjetunion weitreichende Vereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit getroffen werden konnten.

Nicht die SPD hat dies erreicht. Wir haben diese Fortschritte möglich gemacht.

Festigkeit und Grundsatztreue in der Deutschlandpolitik zahlen sich aus

Wir wollen den Dialog mit den osteuropäischen Staaten und mit der Sowjetunion. Aber wenn wir miteinander reden, dann müssen wir auch über die Menschenrechte reden. Wirklichen Frieden und wirkliche Entspannung gibt es nur dort, wo die Menschenrechte gewahrt sind. Frieden ohne Menschenrechte ist ein Scheinfrieden.

Der Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, der sowjetische Schriftsteller Lew Kopelew, hat einmal gesagt: „Wer glaubt, daß man für den Frieden eintreten, die Menschenrechte aber ignorieren kann, der schadet beiden. Kein Friede ohne Menschenrechte und keine Menschenrechte ohne gesicherten Frieden.“ (Deutschlandfunk, 30. Juli 1985.) Dies verkennen die Sozialdemokraten, wenn sie heute von einer zweiten Phase der Entspannungspolitik reden, aber dabei die Menschenrechte vergessen. Man kann nicht glaubwürdig für die Menschenrechte überall in der Welt eintreten, in Chile oder Südafrika, und die Menschenrechte unserer Landsleute in der DDR vergessen. Jedenfalls ist das nicht christlich-demokratische Politik.

Wir wollen Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Machthabern in der DDR, weil wir Erleichterungen für die Menschen wollen; und wir haben viel erreicht in den vergangenen vier Jahren:

- der Reiseverkehr aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland weist für 1986 Rekordzahlen auf: 1,7 Millionen Rentner kamen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland; 240 000 junge DDR-Bürger durften in „dringenden Familienangelegenheiten“ von Ost nach West reisen.
- Noch nie durften so viele Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln: 1986 waren es 25 000 Menschen.
- Nach zwölfjährigen Verhandlungen wurde am 6. Mai 1986 das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in Deutschland unterzeichnet.

Nicht die SPD hat das zustande gebracht, sondern die CDU-geführte Bundesregierung.

Festigkeit und Grundsatztreue zahlen sich auch in der Deutschlandpolitik aus. Die SPD hat auch hier ihre Identität verloren. Früher haben sich die Sozialdemokraten klar gegenüber den Kommunisten abgegrenzt. Heute schließen sie Verträge mit der SED.

Auch in der Deutschlandpolitik befindet sich die SPD auf grünem Kurs. In ihrem Wahlprogramm sprechen sich die Grünen für den endgültigen Verzicht auf die Wiedervereinigung aus. Und die SPD paßt sich an. In seiner Rede am 17. Mai 1985 vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Schmude, immerhin einmal Justizminister, den Anspruch auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Frage. Die SPD-Linke im Frankfurter Kreis übernahm im Februar 1986 diese Forderung, und im Irseer Grundsatzprogrammwurf steht von der Wiedervereinigung Deutschlands kein Wort mehr.

So läßt sich weder der Anspruch der Deutschen auf Wiedervereinigung wahren, noch sind konkrete Verbesserungen für die Deutschen in der DDR zu erreichen. Nicht Wunschträume führen uns in der Deutschlandpolitik weiter, sondern klare Positionen und pragmatisches Verhandeln im Interesse der Menschen. In der Deutschlandpolitik brauchen wir einen langen Atem, und hier gilt ganz besonders das Wort des Soziologen Max Weber, daß die Politik die Kunst ist, dicke Bretter zu bohren.

3. Das Ziel der SPD: ein rot-grünes Bündnis

Bei der Bundestagswahl geht es darum, ob die CDU-geführte Bundesregierung ihre Politik fortsetzen und unser Land in eine gute Zukunft

führen kann oder ob ein rot-grünes Bündnis alles, was bisher erreicht wurde, gefährdet, die Zukunft blockiert und unser Land in die Krisen und Unsicherheiten der 70er Jahre zurückfällt.

Der SPD-Kanzlerkandidat spricht von einer eigenen absoluten Mehrheit der SPD. Jeder weiß, daß dieses Wahlziel einer absoluten Mehrheit nichts anderes als ein gigantisches Täuschungsmanöver ist, um die Wähler über das eigentliche Wahlziel der SPD, nämlich einen rot-grünen Pakt nach der Bundestagswahl, zu täuschen.

Führende Sozialdemokraten sprechen das ja inzwischen auch ohne Rücksicht auf ihren Kanzlerkandidaten offen aus. Oskar Lafontaine hat wörtlich erklärt: „Warum soll ich nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die in vielen Fragen meiner Meinung sind?“ (Der Spiegel 35/1986.) Hans-Jochen Vogel erklärt, auf das Wahlziel der absoluten Mehrheit angesprochen: „Das Ziel, eigene Mehrheit ist in weitere Ferne gerückt.“ (Frankfurter Rundschau vom 12. 11. 1986.) Andere Sozialdemokraten wie Willy Görlach, der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hessen Süd, sagt ganz klar: „Wenn halt nur die Grünen bereit sind, dann sage ich, laßt es uns gemeinsam machen.“ (Der Spiegel, 19/1986.)

Der rot-grüne Pakt ist das eigentliche Wahlziel der SPD, und wer zweifelt eigentlich noch daran, daß sie mit den Grünen zusammengehen, wenn sie eine rechnerische Mehrheit hätten?

Rot-grün: Gefahr für die innere Sicherheit und den Rechtsstaat

Und damit ist die Bundestagswahl nicht nur eine Entscheidung über die wirtschaftliche Zukunft und die äußere Sicherheit, sondern auch für die innere Sicherheit unseres Landes. Die Grünen fordern Freigabe des Schwangerschaftsabbruches bis zum 9. Monat, Abschaffung des Bundesgrenzschutzes, Abrüstung der Bereitschaftspolizei. Sie verharmlosen die Gewalt und rufen zu Übertretungen des Strafgesetzes auf. Das Ergebnis wäre die Auflösung unseres Rechtsstaates. Die Sozialdemokraten leihen ihnen dabei ihren Arm.

Im Deutschen Bundestag haben Grüne und Sozialdemokraten gemeinsam die Antiterrorgesetze abgelehnt. Grüne und Sozialdemokraten fordern gemeinsam die Beseitigung der Strafbestimmung, die die Werbung für eine terroristische Vereinigung verbietet. Grüne und Sozialdemokraten wenden sich gemeinsam gegen den Extremistenbeschluß und sind damit einverstanden, daß Kommunisten und Neo-Nazis als Lehrer an unseren

Schulen unterrichten und als Richter Recht sprechen können. Die SPD hat die innere Kraft verloren, sich gegen die Aushöhlung unseres Rechtsstaates zu wehren. Das Mitglied der SPD-Grundwertekommission, Johano Strasser, erklärte: „Ich bin für eine schlechte Polizei, der viele Straftäter durch die Lappen gehen.“ (taz, 13. Februar 1986.)

In Hessen sind Vertreter der Grünen inzwischen Minister und Staatssekretäre. Wie soll eigentlich der gesetzestreue Bürger Vertrauen in den Rechtsstaat gewinnen, der jede Übertretung eines Parkverbotes mit Strafe zu büßen hat, wenn die SPD Vertreter der Grünen, die sich nicht von der Gewalt distanzieren, zu Ministern macht? Was soll eigentlich ein Bürger von einem Staat halten, der seine Polizeibeamten, die den Rechtsstaat schützen, die sich dafür diffamieren lassen müssen, unzählige Überstunden machen und verletzt werden, nach A 5 bis A 9 bezahlt, während gleichzeitig Vertreter der Grünen, die diesen Rechtsstaat bekämpfen, Minister und damit von diesem Rechtsstaat nach Besoldungsgruppe B 11 bezahlt werden?

Der Rechtsstaat ist ein hohes Gut. Er dient vor allem dem Schutz der Schwächeren gegen Gewalt und Willkür. Und vor allem: ein funktionierender Rechtsstaat ist auch die Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat. Daß das Gesetz für alle gilt, ist auch eine Errungenschaft der Arbeitnehmerbewegung. Wenn der Rechtsstaat nicht mehr gilt, wenn eine elitäre Moral sich durchsetzt, dann haben wir wieder das Faustrecht, und dann sind diejenigen, die sich nicht wehren können, die sozial Schwächeren die Leidtragenden. Deshalb haben Arbeitnehmer gegen die Nazibarbarei gekämpft und am Aufbau des freiheitlichsten Staates, den es jemals auf deutschem Boden gegeben hat, mitgearbeitet. Sie haben dafür Opfer gebracht. Das hat die frühere Arbeiterpartei SPD heute offenbar vergessen.

4. Die Bundestagswahl: Entscheidung für Deutschland – Zukunft statt Rot-Grün

Die Wähler treffen am 25. Januar eine Entscheidung, deren Folgen bis weit in die 90er Jahre hineinreichen. Wie zu Beginn der Republik, stehen die Deutschen vor großen Problemen und Herausforderungen, und die Wähler müssen sich entscheiden zwischen den Kräften der Zukunft, für die die Union steht, und den Kräften der Vergangenheit.

Europäische Einigung, westliche Allianz, Soziale Marktwirtschaft, dynamische Rente waren damals die zukunftsweisenden Konzeptionen: sie sind es auch heute noch. Und die CDU gibt auch heute die zukunftsweisenden Antworten: technischer Fortschritt, wirksamer Schutz der Umwelt, wirtschaftliches Wachstum, neue Arbeit, weniger Staat, aktive Subsidiarität. Das sind die Themen der Zukunft. Die Parolen der rot-grünen Reaktion lauten dagegen so wie damals auch heute: Neutralismus, Klassenkampf, Technikfeindlichkeit, Kollektivismus, Staatsgläubigkeit. Mit dieser Politik würde unser Land drittklassig werden.

Die CDU hat vor vier Jahren einen neuen Anfang in der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Mit Helmut Kohl an der Spitze hat sie unserem Land wieder wirtschaftlichen Aufschwung und neues Ansehen in der Welt gebracht. Die Deutschen stehen heute — auch international — stärker und besser da als vor vier Jahren.

Helfen Sie uns, daß wir diese Politik fortsetzen können, mit ihren beiden Stimmen für die CDU.